

Menschen für Tierrechte - Bundesverband der Tierversuchsgegner e.V.

Trotz des Staatsziels Tierschutz und einem umfangreichen Tierschutzrecht schützt unser Rechtsstaat die Tiere nicht zuverlässig. Sowohl bei Gesetzgebung und Kontrolle als auch in der Strafverfolgung gibt es eklatante Defizite. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um diese Missstände abzustellen?

Wir sehen beim Tierschutz in erster Linie nicht in der Gesetzgebung, sondern oftmals in der Umsetzung geltenden Rechts erhebliche Defizite. Die für den Rechtsvollzug zuständigen Veterinärverwaltungen der Länder müssen personell so ausgestattet werden, dass sie ihrer wichtigen Aufgabe vollumfänglich nachkommen können. Kontrollen müssen effizienter, besser aufeinander abgestimmt und aussagekräftiger angelegt werden. Auf Bundesebene plädieren wir für bundesweite Standards für die Veterinärkontrollen. Wir wollen auch für einen verbesserten Austausch zwischen den Ländern sorgen. Die Aufsichtspraxis wollen wir einer Aufgabenkritik hinsichtlich zusätzlicher bürokratischer Pflichtaufgaben auf allen Ebenen unterziehen. Die vorhandenen Instrumente sollten ebenfalls auf ihre Wirksamkeit hin überprüft und stets Verbesserungspotentiale ausgeschöpft werden.

Die Produktion tierischer Produkte verursacht etwa 28% der globalen Treibhausgasemissionen. Wissenschaftler fordern deswegen den Abbau der Tierbestände. Was plant die FDP, um die Tierzahlen zu reduzieren?

Die nordrhein-westfälische Nutztierhaltung ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in unserem Land. Die Anzahl der gehaltenen Nutztiere in NRW ist seit Jahren rückläufig. Wir sprechen uns gegen einen aktiven Abbau von Tierbeständen aus. Damit schädigen wir lediglich die regionalen Wertschöpfungsketten, die für eine nachhaltige Landwirtschaft benötigt werden. Ein Abbau hierzulande führt zu einer Verlagerung der Tierproduktion ins Ausland. Das ist für den Klimaschutz und das Tierwohl kontraproduktiv. Die produktspezifischen Treibhausgasemissionen fallen im Ausland deutlich höher aus als in Deutschland. Hinzu kommt, dass in diesen Regionen meistens keine so hohen Tierschutzstandards gelten wie bei uns.

Um die Klimaziele zu erreichen, fordert u.a. der Weltklimarat eine Reduktion des Fleischkonsums. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um den Konsum tierischer Produkte zu reduzieren (z.B. Klima-Abgabe oder Mehrwertsteuererhöhung)?

Viele Verbraucherinnen und Verbraucher wünschen sich bei Lebensmitteln einen besseren Überblick, um souverän mit Fragen der gesunden Ernährung umgehen zu können. Wir setzen uns deshalb für ein umfassendes Angebot von öffentlich zugänglichen Informationen ein. Ernährungsbildung soll Wissen über gesunde Ernährung vermitteln, auch um die Wertschätzung für gute Lebensmittel zu steigern. Hiermit wollen wir bereits in der frühkindlichen Bildung beginnen. Verpflichtende politische Vorgaben zu Ernährungs- und Lebensweisen lehnen wir ab.

Mit dem Anbau von Eiweißpflanzen können dreimal so viel Nahrungsmittel erzeugt werden wie auf fleischlicher Basis. Deswegen sollte der Konsum einer tier- und klimafreundlichen pflanzenbasierten Ernährung mittels einer Ernährungsstrategie gesteigert werden. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei?

Zunächst ist festzustellen, dass die Fläche für den Futtermittel-Anbau nicht 1:1 auch für den Anbau von Lebensmitteln genutzt werden kann. Wir wollen aber z.B. die Erforschung der Möglichkeiten des Sojaanbaus in Deutschland intensivieren, um den Betrieben einen neuen Markt zu erschließen und die

wachsende Nachfrage nach veganen und vegetarischen Produkten bedienen zu können. Gleichzeitig kann der Anbau auf bestehenden Ackerflächen in Deutschland einen Beitrag leisten, um das Abholzen wertvoller Regenwälder für den Sojaanbau in Südamerika zu verhindern.

Ernährungsbildung soll Wissen über gesunde Ernährung vermitteln, auch um die Wertschätzung für gute Lebensmittel zu steigern. Hiermit wollen wir bereits in der frühkindlichen Bildung beginnen.

Um Klimawandel, Artensterben und Zerstörung der Ökosysteme entgegenzuwirken, müssen die Agrarsubventionen zugunsten von Tier-, Natur- und Klimaschutz umgeschichtet und ein Ausbau des ökologischen Landbaus verfolgt werden. Welche Maßnahmen und Ziele plant Ihre Partei?

Die europäische Agrarpolitik braucht ein Update. Wir wollen Landwirtinnen und Landwirte insgesamt unabhängiger von Agrarzahlungen machen und sie von überbordender Bürokratie entlasten. Flächenbezogenen Direktzahlungen wollen wir besser verteilen. Nordrhein-Westfalen braucht auch in der Zukunft eine starke heimische Landwirtschaft. Zentrale Voraussetzungen dafür sind optimale Rahmenbedingungen für moderne, nachhaltige, wirtschaftlich erfolgreiche, umweltverträgliche und verantwortungsvolle Betriebe, wie sie unser Land seit jeher kennzeichnen. Hiermit hat sich die von uns initiierte Enquete-Kommission im Landtag bereits intensiv befasst. Biologischer und konventioneller Landbau sind für uns keine Gegensätze. Wir setzen uns für eine Vielfalt an Erzeugungssystemen ein, die den gesellschaftlichen Vorstellungen nachhaltiger Produktionsweisen entsprechen.

Immer mehr Landwirte wollen aus der Tierhaltung austeigen und suchen nach neuen Einkommensquellen. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Unterstützung (Umstiegs- und Anbauförderungen, Beratungs- und Weiterbildungsangebote, Studium und Ausbildung, Forschungsförderung für tierlose Anbausysteme)?

Wir wollen die Erforschung der Möglichkeiten des Sojaanbaus in Deutschland intensivieren, um den Betrieben einen neuen Markt zu erschließen und die wachsende Nachfrage nach veganen und vegetarischen Produkten bedienen zu können. Wir wollen verbesserte Rahmenbedingungen für Forschung und Anwendung schaffen, um die Digitalisierung der Landwirtschaft voranzubringen. Eine digitalisierte Landwirtschaft wird einen wesentlichen Beitrag zu einem klimafreundlicheren und ressourcensparenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen Boden, Wasser, Luft leisten und sie verspricht beispielsweise Effizienzsteigerungen bei gleichzeitiger Reduzierung von Einträgen wie Pflanzenschutzmitteln. Wir wollen zudem die Landwirtschaft in den CO₂-Zertifikatehandel einbinden, um die Landwirtschaft noch klimafester werden zu lassen. Dazu sind unter anderem auch Carbon Farming und der Einsatz von Pflanzenkohlen und Bio-Pyrolyse geeignet.

Die Bundesregierung plant eine Reduktionsstrategie für Tierversuche. 2021 forderten 97% der EU-Abgeordneten die EU-Kommission auf, einen Ausstiegsplan aus dem Tierversuch zu erarbeiten. Welche Maßnahmen und Ziele plant die FDP, um Tierversuche zu reduzieren bzw. den Ausstieg einzuleiten?

Das überarbeitete Tierversuchsrecht wird der EU-Richtlinie nicht gerecht (kein umfassendes Prüfrecht der Genehmigungsbehörde, keine Belastungsobergrenze, etc.). Plant Ihre Partei sich auf Bundesebene für eine Überarbeitung von Tierschutzgesetz und Tierschutz-Versuchstierverordnung einzusetzen?

Das Tierschutzgesetz setzt klare Standards, die bei Tierversuchen eingehalten werden müssen. Dies muss jedoch auch überprüft werden. Wir unterstützen deshalb die Forderung nach engmaschigeren Kontrollen. Zudem setzen wir uns für Investitionen in die Forschung ein, damit Tierversuche auf das absolut notwendige Mindestmaß beschränkt und perspektivisch ersetzt werden können.